Landeskanzlei
Rathausstrasse 2
4410 Liestal
T 061 552 50 06
landeskanzlei@bl.ch
www.bl.ch

BASEL LANDSCHAFT
REGIERUNGSRAT

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Jugendrat Baselland
Herr Fabian Gürtler
Mattenweg 14
4466 Ormalingen

Liestal, 30. August 2016
TR

Stellungnahme zu den Petitionen des Jugendforums 2016 aus dem Themenkreis Bildung

Sehr geehrter Herr Gürtler
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. April 2016 reichte der Jugendrat Baselland drei Petitionen aus dem Bildungsbereich ein. Der Regierungsrat nimmt zu den Begehren wie folgt Stellung:

Petition Immersionsunterricht
Der Regierungsrat begrüsst die weiterhin steigende Anzahl von Immersionsangeboten an den Gymnasien des Kantons Basel-Landschaft. Waren es vor 8 Jahren erst einzelne Angebote, die zur Verfügung standen, bietet heute jedes Gymnasium Immersionsunterricht an. An einzelnen Schulen besucht bereits jede dritte Schülerin/jeder dritte Schüler Immersionsangebote in der Maturitätsabteilung.

Sie rennen mit Ihrer Petition also offene Türen ein. Der Regierungsrat weist darauf hin, dass die Schaffung von neuen Immersionsangeboten Zeit braucht. Die Gymnasien können nicht einfach neue Lehrpersonen anstellen, die immersiv unterrichten können, ohne Entlassungen beim bestehenden Lehrkörper vorzunehmen. Sie haben sicher Verständnis dafür, dass die natürliche Fluktuation berücksichtigt werden muss.

Petition Instrumentalunterricht
Sie schreiben, dass die Bildungsqualität mit den **vorhandenen** Mitteln so hoch wie möglich gehalten werden soll. Sie sprechen das Problem damit selber direkt an: Es sind nicht mehr genügend finanzielle Mittel vorhanden. Wie Sie wissen, hat unser Kanton grosse finanzielle Probleme. Der Regierungsrat hat mit der Finanzstrategie 2016–2019 vom 7.7.2015 zur Erreichung eines nachhaltig ausgeglichenen Staatshaushaltes 132 Massnahmen definiert, um die Situation sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite nachhaltig zu verbessern. Eine dieser Massnahmen betrifft den Instrumentalunterricht.

Sie möchten Instrumentalunterricht auf Selbstkosten verhindern, weil damit die Chancengleichheit nicht mehr gewährleistet sei. Elternbeiträge für den Instrumentalunterricht werden ausschliesslich im Freifachbereich der Fachmittelschule erhoben. Sie bewegen sich auf derselben Höhe wie diejenigen die Kosten in den Musikschulen. Die Lernenden bzw. deren Familien sind es sich also bereits gewohnt, einen Betrag zu entrichten. In den Musikschulen ist das breit akzeptiert. Der Wechsel an eine andere Schule, welche nach dem gleichem Muster verfährt, ist deshalb zumutbar. Sollten Familien aber tatsächlich nicht in der Lage sein, den Instrumentalunterricht zu finanzieren, könnten sie Stipendien bei den zuständigen Stellen beantragen.

Petition Pädagogik, Psychologie, Philosophie (PPP)
Sie fordern die Einführung eines zusätzlichen Schwerpunktfaches PPP, wie es zum Beispiel im Kanton Basel-Stadt existiert. Der Regierungsrat hat sich bereits vor einigen Jahren mit dieser Frage befasst. Er ist aus folgenden Gründen zum nach wie vor geltenden Entscheid gekommen, PPP nicht einzuführen:

- Die Einführung eines weiteren Schwerpunktfachs ohne ein anderes zu streichen wäre kostenintensiv.
- An zwei Gymnasien wurden unter den Schülerinnen und Schülern Umfragen gemacht, wer PPP gewählt hätte, wenn es angeboten worden wäre. Es hat sich gezeigt, dass dies vor allem Schülerinnen und Schüler aus den Schwerpunkten Latein, Italienisch, Musik und Bildnerisches Gestalten gewählt hätten. Die Einführung von PPP würde also die ohnehin kleinen Schwerpunkte marginalisieren und das Kulturleben (Musik, BG) an den Gymnasien empfindlich schwächen.
- Wer interessiert ist an Pädagogik, Psychologie und Philosophie kann diese Fächer (Pädagogik/Psychologie im Verbund bzw. Philosophie) auch als Ergänzungsfach wählen und sogar eine Maturitätsprüfung in diesem Fach ablegen.
- Die Evaluation des Maturitätsanerkennungsreglements (EVAMAR II) hat gezeigt, dass PPP beim überfachlichen Studier-Fähigkeitstest am Ende der Schwerpunktfächer rangiert.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und hoffen, dass diese Ausführungen zum besseren Verständnis der Entscheide des Regierungsrats beitragen können.

Freundliche Grüsse

Thomas Weber, Regierungspräsident

Peter Vetter, Landschreiber